

Mitte April dieses Jahres hat die australische Regierung den geplanten Zusammenschluss der Börsen Singapurs und Australiens untersagt. Im Oktober vergangenen Jahres hatte die **Singapore Exchange** ein Gebot abgegeben, die australische **ASX** für eine Summe von rund 8,4 Milliarden australischer Dollar zu übernehmen. Weil dies nicht im Interesse des Landes sei, so die auf einer Empfehlung des **Foreign Investment Review Boards** basierende Begründung des Schatzkanzlers, werde die entsprechende Genehmigung verweigert. Bei den Vorhaben habe es sich aus Sicht des Boards nicht um einen Zusammenschluss, sondern um eine Übernahme gehandelt.

Um den EU-weiten Stresstest der **Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA** in diesem Jahr zu bestehen, müssen Banken eine harte Kernkapitalquote (Core Tier 1 Ratio) von fünf Prozent erreichen. Die Definition der Kapitalquote basiert auf den gegenwärtigen Vorgaben der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie II (CRD II): Es wird die aktuell verwendete Definition des Kernkapitals (Tier 1) herangezogen, abzüglich hybrider Instrumente einschließlich Vorzugsaktien und Beteiligungen an Finanzinstituten ohne Übergangsarrangements. Kapitalinstrumente, mit denen Regierungen die Institute während der Finanzkrise stützten, sollen für den Test zugelassen werden, gleiches gilt für Aktien- oder Stammkapital sowie Gewinnrücklagen. Die in Deutschland von einigen Instituten verwendeten stillen Einlagen werden, anders als beim Stresstest im Jahr 2010, jedoch nicht akzeptiert. Aus diesem Grund wandelt die **Norddeutsche Landesbank (Nord-LB)**, Hannover, 1,2 Milliarden von insgesamt 2,9 Milliarden Euro an stillen Einlagen in hartes Kernkapital gemäß EBA-Definition um.

Ihre Anteile an der **ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH (ZVS)**, Hamburg, und damit im Wesentlichen die Abwicklung des beleghaften Zahlungsverkehrs verkauft die **Norddeutsche Retail-Service AG (NRS)**, Hamburg, in einem Konsolidierungsschritt in der Sparkassenorganisation an die **Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH (DSGF)**, Köln. Damit sieht sich Letztere flächendeckend in Deutschland als Back-Office-Dienstleister vertreten. Die darüber hinausgehenden Leistungen, die bisher von der ZVS erbracht wurden, sollen aus der ZVS heraus-

## 9. April 2011 bis 20. April 2011

gelöst und in die bisherige Mutter integriert werden (siehe auch Ausgabe Technik – IT für Finanzdienstleister).

Mit einem Paket von 12,2 Prozent steigt die US-amerikanische Großbank **Goldman Sachs** beim chinesischen Versicherungskonzern **Taikang Life Insurance** ein. Der Kaufpreis für die Anteile wird auf 900 Millionen US-Dollar beziffert. Zuvor hatte der französische Versicherer **Axa** den Verkauf seiner Taikang-Beteiligung von 15,6 Prozent für 1,2 Milliarden US-Dollar an eine Gruppe von Investoren angekündigt. Der Versicherer betreut nach eigenen Angaben Vermögenswerte von rund 44 Milliarden US-Dollar.

Der **Verein für Credit Management (VfCM)**, Kleve, heißt zukünftig **Bundesverband Credit Management (BvCM)**. Der neue Name soll der Entwicklung der Organisation Rechnung tragen und zudem für deren strategische Weiterentwicklung stehen: Unter anderem soll das Angebot für Mitglieder sowie deren Dienstleister verbessert werden.

Die **Erste Bank der österreichischen Sparkassen** übernimmt die weiteren 56,2 Prozent der Anteile an dem Factoring-Anbieter **Intermarket Bank**. Zusammen mit dem bislang gehaltenen Paket von 22,4 Prozent hält die Erste Bank Österreich damit mehr als drei Viertel an dem Institut. Die Anteile werden für einen nicht genannten Preis von der polnischen Commerzbank-Tochter **BRE Bank** abgegeben.

Im ersten Schritt der Transaktion zur weitgehenden Rückführung der stillen Einlagen des **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)** hat die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, Mitte April dieses Jahres durch die Emission von Pflichtwandelanleihen (Conditional Mandatory Exchangeable Notes, Comen) eine Summe von 5,7 Milliarden Euro erreicht. Das entspricht mehr als der Hälfte des für beide Schritte der Kapitalmaßnahme vorgesehenen Gesamtbetrages von 11,0 Milliarden Euro. Mit rund 4,3 Milliarden Euro habe der Bruttoerlös aus der Platzierung über

dem Zielvolumen von rund 2,6 Milliarden bis 3,4 Milliarden Euro gelegen. Zur Beibehaltung seines Anteils in Höhe von 25 Prozent plus einer Aktie (sogenannter Verwässerungsschutz) wandelt der SoFFin weitere rund 1,4 Milliarden Euro stille Einlagen in Aktien (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).

Ihre laufenden Verhandlungen über einen Verkauf der **BHF-Bank AG**, Frankfurt am Main, haben die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, und die liechtensteinische **LGT** beendet. Beide Institute hatten bereits Einigkeit über die Veräußerung der über den Erwerb von **Sal. Oppenheim** zum Frankfurter Geldhaus gekommenen Institut. Nach weiteren Gesprächen zwischen den Parteien und mit den zuständigen Aufsichtsbehörden ist man jedoch zu dem Schluss gekommen, die Transaktion nicht weiter zu verfolgen. Nun hat die Deutsche Bank entschieden, den Verkaufsprozess für die BHF-Bank nicht fortzusetzen, sondern deren Geschäft innerhalb des Konzerns fortführen.

Nachdem das Management Board der **New York Stock Exchange** ein erstes Übernahmeangebot der Wettbewerber **Nasdaq OMX** und **Intercontinental Exchange (ICE)** abgelehnt hatte (siehe auch Kreditwesen 8-2011), haben diese ihre Offerte angepasst. So erklärten sich Nasdaq und ICE zu Zahlungen in Höhe von 350 Millionen US-Dollar (244 Millionen Euro) an die Aktionäre bereit, falls die Wettbewerbsbehörden die Übernahme nicht genehmigten. Zudem wurde das Gebot leicht auf 42,67 US-Dollar pro Aktie angehoben. Auf dieser Grundlage wird Nyse Euronext mit insgesamt 11,4 Milliarden US-Dollar bewertet und damit um insgesamt zwei Milliarden US-Dollar beziehungsweise 21 Prozent mehr als durch das laufende Angebot der **Deutschen Börse**. Letztere hatte für die New Yorker Börse 35,29 US-Dollar pro Anteilschein geboten.

Mitte April dieses Jahres hat die **US-Bank Goldman Sachs** eine nach dem Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers vom Finanzinvestor Warren Buffett erhaltene Kapitalspritze in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar an dessen Holding **Berkshire Hathaway** zurückgegeben. In diesem Zusammenhang musste im ersten Quartal dieses Jahres eine Sonderdividende in Höhe von 1,64 Milliarden US-Dollar gezahlt werden.